

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Katina Schubert (LINKE)

vom 5. Mai 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 7. Mai 2026)

zum Thema:

Suicide und Suizidversuche/Selbstverletzungen bei Asylbewerber*innen in 2025 und 2026 (einschließlich April 2026)

und **Antwort** vom 27. Mai 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 27. Mai 2026)

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Frau Abgeordnete Katina Schubert (LINKE)

über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/26004
vom 05.05.2026
über Suizide und Suizidversuche/Selbstverletzungen bei Asylbewerber*innen in 2025 und
2026 (einschließlich April 2026)

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Suizide und Suizidversuche von Asylbewerber*innen in Flüchtlingsunterkünften in den Jahren 2025 und 2026 (einschließlich April 2026) sind dem Senat bekannt? Bitte aufschlüsseln nach: Datum/Monat, Ort der Unterkunft, Verletzungs-/Tötungsart/Begehungsweise/Motiv, Unterkunftsart, Herkunftsland, Alter oder Minderjährigkeit, Geschlecht!

Zu 1.:

Die angegebenen Daten wurden der fortgeschriebenen polizeilichen Eingangsstatistik (sog. Verlaufsstatistik) Datawarehouse Führungsinformation (DWH FI) entnommen. Da DWH FI stets den tagesaktuellen Stand der im Polizeilichen Landessystem zur Information, Kommunikation und Sachbearbeitung (POLIKS) erfassten Daten widerspiegelt, unterliegt der Datenbestand einer fortlaufenden Änderung. Dadurch können unterschiedliche Abfragezeitpunkte zu voneinander abweichenden Ergebnissen führen.

Den folgenden Tabellen sind die Fälle von Selbsttötungen und Selbsttötungsversuchen zu entnehmen, zu denen im POLIKS eine der Örtlichkeiten „Flüchtlingsunterkunft“ bzw. „Aufnahmeeinrichtung“ eingetragen wurde. Die Eingabe einer Örtlichkeit ist bei diesen Ereignissen nicht verpflichtend.

Weitere Daten zum betroffenen Personenkreis (Herkunftsland, Alter, Geschlecht) sowie zu den Umständen (Verletzungs-/Tötungsart/Begehungsweise/Motiv) der Selbsttötungsversuche sind seitens der Polizei Berlin im automatisierten Verfahren nicht recherchierbar.

Die erfragten Daten für das Jahr 2025 sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Selbsttötung und Selbsttötungsversuche in den Örtlichkeiten „Flüchtlingsunterkunft“/„Aufnahmeeinrichtung“ im Jahr 2025		
		Anzahl der Fälle
Selbsttötungen		1
Selbsttötungsversuche		12
gesamt		13

Quelle: DWH FI, Stand: 19. Mai 2026

Die erfragten Daten für den Zeitraum 1. Januar 2026 bis 30. April 2026 sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Selbsttötungsversuche in den Örtlichkeiten „Flüchtlingsunterkunft“/„Aufnahmeeinrichtung“ vom 1. Januar 2026 bis 30. April 2026		
		Anzahl der Fälle
Selbsttötungen		0
Selbsttötungsversuche		6
gesamt		6

Quelle: DWH FI, Stand: 19. Mai 2026

Für die Unterkunft AE THF Hangars wird auf die Schriftliche Anfrage S 19/25678 verwiesen.

2. Wie viele Suizide und Suizidversuche von Asylbewerber*innen gab es in den Jahren 2025 und 2026 (einschließlich April 2026) während des Vollzugs einer Abschiebeanordnung und somit während eines Abschiebeversuchs? Bitte aufschlüsseln nach: Datum/Monat, Ort, Verletzungs-/Tötungsart/Begehungsweise, Herkunftsland, Alter oder Minderjährigkeit, Geschlecht!

3. Wie viele Suizide und Suizidversuche von Asylbewerber*innen gab es in den Jahren 2025 und 2026 (einschließlich April 2026) in Abschiebungshaft oder in Polizeigewahrsam? Bitte aufschlüsseln nach: Datum/Monat, Ort, Verletzungs-/Tötungsart/Begehungsweise, Herkunftsland, Alter oder Minderjährigkeit, Geschlecht!

Zu 2. und 3.:

Eine statistische Erhebung von Daten im Sinne der Anfrage erfolgt durch die Polizei Berlin nicht. Im Rahmen einer internen Auswertung konnten sowohl bei Rückführungsmaßnahmen als auch in der Abschiebungshafteinrichtung für Gefährdeter Berlin in den Jahren 2025 und 2026 keine Suizide und Suizidversuche festgestellt werden.

4. Fanden in den benannten Fällen entsprechende polizeiliche Untersuchungen statt, wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Zu 4.:

In den in der Antwort zu Frage 1 dargestellten Fällen fanden polizeiliche Ermittlungen statt. Weitergehende Auskünfte im Sinne der Fragestellung können nicht erteilt werden, da diese Daten seitens der Polizei Berlin im automatisierten Verfahren nicht recherchierbar sind.

5. Wie erklärt sich der Senat eine mögliche Zunahme an Suiziden und Suizidversuchen im Vergleich zu den Vorjahren?

Zu 5.:

Eine signifikante Zunahme im Sinne der Fragestellung ist im direkten Vergleich der Jahre 2024 und 2025 nicht festzustellen. Auf die Beantwortung der Frage 1 der gegenständlichen und zu Frage 1 der referenzierten Schriftlichen Anfrage 19/23726 wird dabei verwiesen. Aus dieser geht hervor, dass es im Jahr 2024 zu zwölf erfassten Selbsttötungsversuchen kam. Beim entsprechenden Vergleich der Zeiträume 1. Januar bis 30. April der Jahre 2025 und 2026 lässt sich eine Zunahme von zwei Fällen feststellen.

6. Welche Unterstützungen können Asylsuchende, die einen Suizidversuch überlebt haben, über adäquate ärztliche Unterstützung hinaus erhalten?

Zu 6.:

Im Rahmen der Vulnerabilitätsprüfung im Ankunftszentrum wird diese Frage im Selbstauskunftsbogen angesprochen. Bei Auffälligkeiten und Gesprächswunsch, zu dem die Kolleginnen und Kollegen des Sozialdienstes in diesen Fällen ermutigen, wird die PEV (Psychosoziale Erstdiagnostik- und Verweisberatungsstelle) des Dienstleisters Vivantes hinzugezogen, dessen Ärztinnen und Ärzte dem Sozialdienst fachliche Einschätzungen zuliefern. Bei Bedarf werden Menschen weiter versorgt und/oder an die PIAs (Psychiatrische Institutsambulanzen) im jeweiligen Bezirk oder auch andere Angebote und Fachstellen verwiesen. Hierfür wird eng mit dem Berliner Netzwerk für besonders schutzbedürftige geflüchtete Menschen zusammengearbeitet (BNS).

Neben der ärztlichen Versorgung im Regelsystem, die prioritär ist, können auch Sozialarbeiter*innen und Psycholog*innen in den Unterkünften bei der Vermittlung an geeignete Beratungsstellen außerhalb der Unterkunft unterstützen.

Zusätzlich wird auf die Drucksache 19/14848 sowie auf die Drucksachen 19/19612 und 19/23726 verwiesen.

Berlin, den 27. Mai 2026

In Vertretung

Aziz Bozkurt

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung